

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**

Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 30. Januar 2018

## **Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 26.1.2018**

### **Antrag aller Oppositionsfraktionen zum Haushalt 2018 – Lahnterrassen – Stadtteilkonzept Richtsberg – Einbahnstraße bei St. Jost – Umwidmung B3 zur Autobahn**

Die erste Sitzung des Marburger Stadtparlaments im neuen Jahr verlief temperamentvoller, als es zunächst erwartet worden war. Nach umfangreichen Beratungen von Haupt- und Finanzausschuss und den Fachausschüssen über den Haushalt 2018 stand eine Reihe von Themen auf der Tagesordnung, die schon seit längerer Zeit den Parlamentsgremien vorlagen. Zu Beginn aber brachten Die Grünen, die Marburger Linke, die FDP/MBL und Piratenpartei einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Struktur des Haushaltsentwurfs grundsätzlich in Frage stellte und die Beibehaltung der bisherigen Praxis verlangte.

#### **Haushaltsentwurf 2018 ist intransparent und höhlt die Rechte der Stadtverordneten aus**

Dies war der Tenor eines gemeinsamen Dringlichkeitsantrags aller Oppositionsparteien, der von allen ihren Abgeordneten unterschrieben war. Es gab zwei grundlegende Kritikpunkte: 1. Die Darstellung der einzelnen Haushaltsbereiche wurde so zusammengefasst, dass vorgesehene Zuschüsse und die Vergleichsdaten der zurückliegenden Jahre beispielsweise für freie soziale Träger oder kulturelle Initiativen künftig nicht mehr gesondert ausgewiesen sind. 2. Auf diese Weise kann das Parlament dann nur noch über den gesamten Einzeletat eines Produktbereiches insgesamt entscheiden, nicht aber mehr über dessen innere Verteilung auf die einzelnen Unterpositionen. Der Verwaltung werden in der Konsequenz die Entscheidung über die Mittelverteilung in den einzelnen Bereichen und damit wesentliche politische Kompetenzen erteilt. Dem Parlament wird somit die politische Gestaltung der Stadt über den Haushalt bzw. durch Einsatz von finanziellen Mitteln weitgehend entzogen. Das Haushaltsrecht als „Königsrecht des Parlaments“ wird ausgehöhlt. Nach turbulenter Rede, Gegenrede und Stellungnahme von OB Spies wurde die Dringlichkeit durch die Mehrheit verneint. Dieses Thema hatte schon im Vorfeld der Parlaments-sitzung öffentlich eine Rolle gespielt und wird nun auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen. Immerhin hat OB Spies bereits zugesagt, dass die Stadtverordneten mit allen gewünschten detaillierten Informationen zum Haushaltsentwurf versorgt werden sollen.

#### **Lahnterrassen – FDP/MBL bezeichnen sie als Kriminalitätsschwerpunkt, scheitern aber mit Forderung nach verstärkter Polizeipräsenz, bis zur Bewaffnung von Ordnungskräften.**

Um die Lahnterrassen zu einem attraktiven Aufenthaltsort in der Stadt zu machen, und zwar für die unterschiedlichsten Gruppen der Stadtbevölkerung, schlug Renate Bastian für die Marburger Linke vor, ein Konzept der Deeskalation, der Gewaltprävention und der Sozialarbeit zu entwickeln. Lise Kula verwies darauf, dass sich prekäre Situationen auch mit kreativen Methoden lösen lassen und Henning Köster machte deutlich, dass gewalttätige Auseinandersetzungen bei

Massenansammlungen anderenorts weitaus weniger die Schlagzeilen bestimmen. Der FDP/MBL-Vorstoß traf bei allen anderen Fraktionen auf Ablehnung.

### **Der größte Stadtteil Marburgs, der Richtsberg, braucht ein Entwicklungskonzept mit sozialen und städtebaulichen Maßnahmen**

Diese Auffassung vertrat bereits der dortige Ortsbeirat, die Marburger Linke griff diese Debatte mit einem Antrag auf. Tanja Bauder-Wöhr begründete ihn vor dem Hintergrund der Geschichte des Stadtteils und den aktuellen Notwendigkeiten aufgrund der steigenden Bewohner/innenzahlen. Es geschah aber Wundersames. Zwar bezweifelte niemand den Sinn des Antrags. Aber man plädierte doch für einen umfassenden Plan der Stadtentwicklung gegenüber einem „räumlich eng gefassten Konzept“. Man höre und staune: Erst kürzlich wurde der Auftrag für ein Oberstadtkonzept - mit den Stimmen der Marburger Linken - gebilligt, ein Stadtentwicklungsplan wird offiziell seit Jahrzehnten zurückgewiesen.

### **Große Debatte um ein kleines Stück Straße: Grüne forderten Einbahnstraßenregelung beim Verbindungsweg zwischen Autobahnabfahrt und St. Jost**

Die Gefährdung von Fußgängern, besonders von Kindern auf dem Schulweg, wurde nicht bestritten. Auch der Hinweis von Tanja Bauder-Wöhr auf die brenzlige Situation von Radfahrer/innen wurde bestätigt. Dem Antrag stimmten dennoch nur die Grünen als Antragsteller und die Marburger Linke zu. Den übrigen Parteien war die ungehinderte Erreichbarkeit der Tankstelle vorrangig. Immerhin: der Vorschlag von Henning Köster zu einem Ortstermin fand bei einigen Stadtverordneten Gehör und wird durchgeführt.

### **Umwidmung weiterer Teile der B 3 als Autobahn**

Dieses Vorhaben wird gegen den Willen von Grünen und Marburger Linke weiter betrieben. Der Oberbürgermeister befürchtete, die Wirtschaftsförderung könne leiden, wenn auf den Straßenkarten Marburg nicht förmlich mit einem Autobahnanschluss ausgewiesen werde. Der Hinweis von Lise Kula, dass Verkehrsanbindungen doch vorhanden seien, dass Entscheidungen zur Wirtschaftsansiedlung nicht mit dem Finger auf der Landkarte getroffen werden, eine Umwidmung aber einen Sog neuen Autoverkehrs bedeuten werde, traf auf verschlossene Ohren. Die Grünen monierten zurecht, dass ihr Antrag durch einen Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen ins Gegenteil gekehrt wurde.

### **Weitere Anträge:**

Die Frage, auf welche Weise das **ehemalige Allianzhaus** einen neuen Namen nach dem Umbau bekommen könnte, wird nächstens diskutiert.

Was die **Weiterentwicklung des UKGM** anbelangt, stimmte die Marburger Linke den Teilen des Antrags der Grünen zu, in denen die Privatisierung als Fehler bezeichnet wurde, sich die Stadtverordneten aber für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten durch Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, ein Ausgliederungsverbot von Betriebsteilen und die Übernahme von Azubis am Ausbildungsort einsetzten.

Weiter stimmte die Marburger Linke zu, dass **ungenutzte Spielgeräte auf dem ehemaligen Camp Cappel** genutzt werden und dass **gefährliche Insektizide** nicht auf städtischen Grünflächen verwandt werden. Dem Ansinnen der Magistratsfraktionen, **Schilder und Laternenpfähle regelmäßig von Aufklebern zu reinigen**, konnte sich die Marburger Linke nicht anschließen.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian, Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jonathan Schwarz, Inge Sturm